

Bericht des Vorsitzenden

Auch im Hinblick auf den gedrängten Zeitrahmen wird mein Jahresbericht sehr viel kürzer ausfallen, als das – soweit ich das überblicke – bei meinen Vorgängern oft der Fall war. Ich bitte um Nachsicht.

Der Vorstand ist jetzt ein knappes Jahr im Amt. In der Mitte des Jahres hat ein personeller Wechsel stattgefunden: Frau Klein (Fachstelle Köln) ist in den (verdienten!) Ruhestand getreten, Frau Hüttenrauch (Fachstelle Münster) nachgerückt. Die Nachwahl stünde heute an, allerdings hat sich Frau Hüttenrauch wegen Erkrankung entschuldigen müssen. Weiterhin möchte ich darüber informieren, dass Herr Vitt-Wagener als Vertreter der Rechts- und Unterhaltsträger der kirchlichen Bibliotheken offenbar langfristig erkrankt ist – er hat jedenfalls bislang an keiner Sitzung teilgenommen. Ich habe eine Kollegin aus dem Bereich der kirchlichen Bibliotheken gebeten, sich um die Frage eines eventuellen Ersatzes bzw. Nachrückers zu kümmern.

Die Themen, mit denen sich der Vorstand beschäftigt hat, dürften zum Teil bekannt sein: Wir haben zu dem nicht nur menschlich höchst bedauerlichen, sondern auch kulturell folgenschweren Einsturz des Historischen Archivs der Stadt Köln in einer Presserklärung Stellung genommen. Sinn war es, dem Historischen Archiv nicht nur unsere Solidarität zu vermitteln – die wir ja auch über Köln hinaus dem Archiv ganz praktisch bewiesen haben, indem sich Bibliothekare an der Sicherung der Bestände beteiligt haben –, sondern darüber hinaus darauf hinzuweisen, dass auch ohne solche Großereignisse – und ich erinnere in diesem Zusammenhang an den Brand der HAB Weimar – Kulturgut gefährdet ist. Und das eben auch in den Bibliotheken des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ein weiteres Stichwort ist die Untersuchung bestimmter Einrichtungen wie Musikschulen, Volkshochschulen und eben Bibliotheken in den kreis-

freien Kommunen durch die Gemeindesprüfungsanstalt (GPA), die im Übrigen auch auf die kreisangehörigen Gemeinden ausgedehnt wird. Das Hauptproblem dieser Untersuchung ist sicherlich das Setzen eines finanziellen Benchmarks, der suggeriert, dass eine bestimmte Leistung viel günstiger realisiert werden kann, als dies im Gros der untersuchten Kommunen der Fall ist. Fachliche Erfordernisse und Rahmenbedingungen, aber auch politische Vorgaben spielen dabei keine Rolle. Gerade letzteres scheint mir im Moment besonders wichtig: Auch geschuldet den unterschiedlichen Zuständigkeiten (GPA = Innenministerium / Innenausschuss; Kultur = Staatskanzlei / Kulturausschuss) erleben („erleiden“) wir einen Widerspruch: Einerseits rücken die Bibliotheken in den Blickwinkel der Politik. Sie werden als wichtiger Bestandteil der Bildungseinrichtungen begriffen, ihre Förderung gerade auch angesichts von Herausforderungen wie Lese- bzw. Medienkompetenz, Migrationshintergrund usw. als sinnvoll und notwendig erachtet. Konträr dazu könnte aus der Untersuchung der GPA in boshafter Überspitzung gefolgert werden, dass die beste Bibliothek gar keine Bibliothek ist (und die beste Fachstelle die ohne Personal, um dies wenigstens am Rande zu erwähnen!). Soweit ist es noch nicht, gleichwohl lässt sich in einigen Kommunen schon ein Herunterfahren der Förderung der Bibliotheken beobachten, zum dem die Untersuchung der GPA die argumentative Munition liefert. Unsere Präsidentin, Frau Brunert-Jetter, hat versucht, mit der Leitung der GPA ins Gespräch zu kommen. Dies ist ihr m. W. bis jetzt nicht gelungen. Inwieweit es gelingt, den ausgeführten Widerspruch im Handeln „der“ Politik aufzulösen – „abzumildern“ ist vermutlich der bessere Ausdruck –, wird sich in den nächsten Jahren zeigen. Hier dürfte stetes Bohren angesagt sein!

Zwei weitere Themen möchte ich kurz ansprechen: Die „Nach der Bibliotheken“, eine Initiative unsere Kollegen Stephan Schwering, fand am 6. November statt. Vorab gab es eine Pressekonferenz in der Stadtbibliothek Köln, an der die Schirmherrin der „Nacht“, Christine Westermann, teilgenommen hat. Mit rund 60.000 Besuchern und einer ganzen Reihe von ausverkauften Veranstaltungen kann die „Nacht“ wieder als vollen Erfolg angesehen werden. Besonders erwähnen – und danken! – möchte ich, dass das Land die „Nacht“ mit 16.000 Euro erstmalig gefördert hat

und so die Bibliotheken die Werbemittel wieder kostenfrei vom vbnw beziehen konnten. Das wünschen wir uns natürlich für die nächste „Nacht der Bibliotheken“ im Jahr 2011 wieder!

Das zweite Thema ist das vom Land geförderte SSG-Programm der Großstadtbibliotheken. Es gab in diesem Jahr die Ankündigung der Staatskanzlei, das Programm einzustellen, sofern kein neues tragfähiges Konzept vorgelegt werde. Wobei anzumerken ist, dass diese Ankündigung eine Vorgeschichte hat, also nicht völlig aus „heiterem Himmel“ gekommen ist. Der Vorstand, auch ich selbst, war überwiegend skeptisch gegenüber dem Wunsch der AG der Großstadtbibliotheken, sich für den Erhalt des Programms einzusetzen. Ich habe daraufhin ein Gespräch zwischen Frau Möllers von der Staatskanzlei und Vertretern der SSG-AG der Großstadtbibliotheken organisiert und auch selbst teilgenommen, um mit möglicherweise neuen Argumenten eine Revision der Ankündigung und damit eine Fortführung des Programms zu erreichen. Das Gespräch hat nicht zu dem vielleicht von einigen doch erhofften Ergebnis geführt, das SSG-Programm ist mit Ablauf dieses Jahres Geschichte.

Der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte, ist einigermaßen komplex und speist sich aus mehreren Quellen. Das Ergebnis dieser Diskussionen ist das sog. Eckpunktepapier. Ich versuche, die beiden Hauptstränge im Folgenden zu benennen:

- a) Ein Strang ist das Verhältnis zwischen öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken. Hier hat es in der Vergangenheit Irritationen – um es bei diesem Begriff zu belassen – gegeben, die sich insbesondere um das Stichwort „Landesbibliothekszentrum“ und das Positionspapier „Öffentliche Bibliotheken – die Zukunft gestalten“ ranken. Ein Ziel unserer Diskussionen im Vorstand war die Beantwortung der Frage, was unser „mission statement“ sei. Dieses „statement“ soll einerseits nach innen wirken, gewissermaßen als Korrektiv zu auseinander driftenden Tendenzen, die sich im Alltag ganz einfach aus anderen Aufgaben und Problemen ergeben. Es soll aber mindestens

ebenso nach außen wirken als Ausweis, dass der Verband prinzipiell gewillt ist, als **ein** Verband aufzutreten.

b) Der zweite wesentliche Strang bezieht sich auf das Stichwort „Bibliotheksgesetz“. Ich möchte hinzufügen, dass „Bibliotheksgesetz“ für mich immer so etwas wie eine Hausmarke war. Das liegt auch daran, dass aus der Politik nicht immer eindeutige Rückmeldungen kamen, ob es in Richtung einer **gesetzlichen** Regelung gehen soll oder nicht bzw. ob es „nur“ zu einer „Neukonzeptionierung der Landesförderung“ kommen soll, wie an anderer Stelle formuliert wurde. Die Auftragslage war mithin nicht immer deutlich; klar war aber, dass in irgendeiner Form auf die Diskussionen im Landtag und auf die vom Kulturausschuss beauftragte und von der Staatskanzlei durchgeführte Bestandserhebung des öffentlichen Bibliothekswesens zu reagieren war. Das Ergebnis dieser Diskussionen liegt Ihnen jedenfalls in Form des Eckpunktepapiers, wie wir es am Ende genannt haben, vor. Dazu ein paar Erläuterungen:

- Bei dem Eckpunktepapier handelt es sich ausdrücklich um einen Entwurf, einen Vorschlag. Es ist das, worauf sich der Vorstand mehrheitlich geeinigt hat.
- Das heißt natürlich auch, es ist eine Diskussionsgrundlage. Der Text ist nicht der Weisheit letzter Schluss, sondern verbesserungsfähig. Ich halte es für eine Selbstverständlichkeit in einer auf Teamarbeit angelegten Verbandsstruktur, dass Vorlagen wie hier vom Vorstand vorgelegt, diskutiert und für gut, für nicht gut oder verbesserungsbedürftig erklärt werden.
- **Mein** Vorschlag für das weitere Vorgehen ist, dass das Eckpunktepapier in den Arbeitsgemeinschaften diskutiert und bei Bedarf modifiziert wird und dann die jeweiligen Voten über die im Vorstand vertretenen Kolleginnen und Kollegen in den Vorstand gebracht werden, und so ein endgültiger Text entsteht.
- Diesen Vorschlag mache ich umso mehr, als die wissenschaftlichen Bibliotheken – wie Sie sicher bemerkt haben – in dem Eckpunktepapier nicht mit einem eigenen Absatz vorkommen. Die agub hat ihren Beitrag, der im Vorstand durchaus auf Zu-

stimmung gestoßen ist, zurückgezogen. Ich denke, wir werden in der Diskussion dazu noch etwas hören.

- Ich möchte allerdings appellieren, dass die von mir vorgeschlagene Phase der Diskussion in den Arbeitsgemeinschaften genutzt wird, auch diesen Part wieder zu ergänzen: Bei allen Unterschieden in den Aufgaben und Problemen oder auch Einschätzungen sollten wir nach außen vermitteln, dass **die** Bibliotheken in NRW ein wichtiger und unterstützenswerter Bestandteil von Kultur und Bildung sind!

Zu der Bestandserhebung ist im Übrigen anzumerken, dass der Vorsitzende von der Staatskanzlei um eine Stellungnahme gebeten wurde und diese auf der Grundlage einer abgestimmten Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaften der Öffentlichen Bibliotheken abgegeben hat. Kernpunkt ist natürlich unsere Bereitschaft zu einer Mitarbeit bei der geforderten „Neukonzeptionierung der Landesförderung“ (da kommt’s her ...).

Ein kleiner Hinweis noch zum Schluss dieses Teils des Jahresberichts: ProLibris ist im Vorstand natürlich auch ein Thema gewesen. Ich denke aber, dass wir auf dieses Thema in der nächsten Jahresversammlung sehr viel ausgiebiger eingehen werden.

Es folgen nun die Jahresberichte aus den Arbeitsgemeinschaften. Wir haben in diesem Jahr eine Neuerung, insofern wir den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit einräumen, ihre Berichte selbst vorzutragen. Wir starten in diesem Jahr mit den beiden Arbeitsgemeinschaften der Hochschulbibliotheken. Ich würde dieses Verfahren aber gerne auf alle Arbeitsgemeinschaften ausweiten, jedenfalls sofern diese wollen. Insofern hier zunächst die Berichte, die ich zusammengefasst habe, danach Frau Dr. Siebert für die agub und Frau Stühn in Vertretung von Herrn Möbius für die agfhh.

Bericht der AG der Großstadtbibliotheken (Vorsitz: Herr Pilzer)

Der Berichtszeitraum erstreckt sich von August 2008 bis heute. Die AG hat in dieser Zeit fünfmal getagt. Die Schwerpunktthemen umfassen (in Auswahl):

- Leseförderung; Medienangebote für Jungen
- „Wissen im Alter hat Zukunft – ein neuer Blick auf den dritten Lebensabschnitt“
- „Zukunft der Bildung in der Stadt“ – die Position des Deutschen Städtetages
- Web 2.0 in Großstadtbibliotheken
- „21 gute Gründe für Bibliotheken“ und „Grundlagen für gute Bibliotheken. Leitlinien für Entscheider“ (H.-J. Lorenzen, Büchereiverein Schleswig-Holstein, dbv)
- „Wie funktioniert heute wissenschaftliche Literaturbeschaffung?“ (Albert Bilo, UB Duisburg-Essen)
- „Lernort Bibliothek“ - Zwischenbericht aus einem Landesprojekt.

Zu den Inhalten der Arbeit der AG ist zu ergänzen, dass Themen, die sich mit der Digitalisierung von Information beschäftigen, breiten Raum eingenommen haben. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist das Angebot in diesem Bereich selbst in den großen öffentlichen Bibliotheken noch nicht stark entwickelt. Dies mag zum einen einem nahezu monopolistisch gestalteten Anbietermarkt geschuldet sein (Inhalte und Verfahren „Onleihe“ der Fa. DiViBib), zum anderen einer unter dem Publikum der Öffentlichen Bibliotheken noch anzutreffenden Reserviertheit gegenüber elektronischen Dokumenten wie den E-Books, die vermutlich in naher Zukunft auf dem Buchmarkt einen stärkeren Umsatzanteil ausmachen werden.

Aus dem Sektor „Bibliothekspolitik“ ist zu berichten, dass die im August in der AG begonnene Diskussion um die Leitlinien zur Qualität der öffentlichen Bibliotheken, wie sie von der BID entwickelt und Anfang 2009 veröffentlicht worden sind, einen positiven Widerhall in der AG gefunden haben.

Die Nutzung der Großstadtbibliotheken ist weiterhin mit leichten Gewinnen auf einem hohen Niveau und dies bei einem kontinuierlich geringer werdenden Personaleinsatz. So stiegen die Entleihungen von rund 36,4 Mio. auf landesweit rund 37,4 Mio., die Zahl der Besuche rangiert nahezu unverändert mit einem ganz leichten Plus bei rund 14,7 Mio. Inwieweit sich dieses positive Ergebnis in Zukunft fortsetzt, wird auch von der finanziellen Entwicklung abhängen. Zu befürchten ist, dass sich der Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise im kommenden Jahr 2010 in aller Schärfe auf die kommunalen Bibliotheken auswirken wird. Was sich jetzt bereits an finanziellen Einbrüchen abzeichnet, dürfte „viele in den Schatten stellen“ und die Nothaushaltswirtschaft in den kommenden Jahren zum Regelfall erheben. Die Bedeutung der vergleichenden Kostenerhebung durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW in den kreisfreien Städten in den Jahren 2007 und 2008 dürfte nunmehr ihre besondere Brisanz entfalten, worauf die Beispiele Oberhausen und Duisburg bereits hinweisen.

Bericht der AG der Klein-, Mittelstadt- und Kreisbibliotheken Rheinland (Vorsitz: Herr Dierkes)

Die AG hat sich im Berichtszeitraum zweimal getroffen. Themen waren u. a. die Leistungsbewertung nach TvÖD sowie die Möglichkeiten zur Verlängerung der Öffnungszeiten in den Klein- und Mittelstadtbibliotheken, die jedoch angesichts der geringen finanziellen bzw. personellen Spielräume als gering eingeschätzt wurden.

Bericht der AG der Klein-, Mittelstadt- und Kreisbibliotheken Westfalen (Vorsitz: Frau Berg, Frau Stock und Herr Schwering)

Themen der beiden Sitzungen waren

- a) die „Onleihe“ (DiViBib), die sich auch in kleineren Bibliotheken durchzusetzen beginnt. Hier häufig in Form von Verbänden, wie z. B. dem im Kreis Recklinghausen seit 2008. Ein neuer Verbund startet voraussichtlich 2010 mit „Onleihe“: die Münsterland-Bibliotheken.

b) „Bibliothek als Ort“. In diesem Kontext wurden insbesondere die Architektenentwürfe des ekz-Wettbewerbs „Bibliothek der Zukunft“ besprochen. Im Bereich Westfalen gibt es viele neuere attraktive Bibliotheken mit Aufenthaltsqualität: z. B. die Stadtbibliothek Rheine, Stadtbibliothek Hattingen.

Als positive Entwicklung sind die Investitionen in die RFID-Technologie zu erwähnen, die insbesondere kleineren Bibliotheken eine erhebliche Arbeitsentlastung bei steigenden Umsatzzahlen bringen kann, wenn die Einführung nicht im Rahmen von Haushaltskonsolidierungen mit Personalabbau verbunden ist. Bereits eingeführt ist RFID als komplette Selbstbedienung in Rheine, Hattingen, Soest.

Weitere Themen waren die schon mehrfach angesprochene Untersuchung der GPA, die auch Auswirkungen auf die kleineren Bibliotheken hat, und die schlechte Personalausstattung in den Fachstellen, die insbesondere in Arnsberg und Detmold völlig unzureichend ist.

Bericht der AG der Klein-, Mittelstadt- und Kreisbibliotheken in Ostwestfalen-Lippe (Vorsitz: Frau Lindhorst-Braun, Frau Niermann, Frau Robbes)

Zentrales Thema der ersten Sitzung war auch hier die Präsentation der DiViBib und die Möglichkeiten eines Verbundes in OWL. Das Interesse bei den Kollegen und Kolleginnen war groß, aber die Umsetzung eines Verbundes sahen alle aufgrund technischer Gegebenheiten z.Zt. noch als schwierig an.

In ihrer zweiten Sitzung diskutierte die AG die Bestandsaufnahme „Öffentliche Bibliotheken in NRW“ diskutiert, natürlich mit besonderem Blick auf das schlechte Abschneiden der Region OWL. Grund dafür sind die schlechte Personalausstattung in den Bibliotheken der Region und mangelnde Personalressourcen in der Bezirksregierung und damit verbunden eine nicht ausreichende Bibliotheksberatung und Schwierigkeiten in der Projektfinanzierung.

Ein weiteres zentrales Thema war die Neugestaltung des Web-OPAC-Verbundes der Bibliotheca-Anwender in OWL. Die Schwierigkeiten liegen sowohl bei der Firma BOND als auch bei den technischen Voraussetzungen in den einzelnen Kommunen. Für das nächste Jahr gibt es aber aktuell Bestrebungen, das Thema gezielt anzugehen. Diese Planungen wären auch Voraussetzung für die Einrichtung von DigiBiB- und DiViBib-Angeboten in den meisten Bibliotheken in der Region.

Bericht der AG der kirchlichen öffentlichen Bibliotheken (Vorsitz: Frau Schwarze bis 31.12.09)

Die Mitglieder dieser AG sind hauptamtlich geleitete kirchliche öffentliche Büchereien und die kirchlichen Büchereifachstellen der 5 (Erz-) Bistümer und 2 Landeskirchen, die neben den hauptamtlich geleiteten auch alle ehren- und nebenamtlichen Büchereien ihres Einzugsbereiches vertreten und beraten.

Einmal jährlich werden die Mitglieder der AG zu einer Fortbildungsveranstaltung eingeladen. Thema der Veranstaltung am 26. Oktober 2009 waren „Rechtsfragen in Öffentlichen Bibliotheken – Vom Urheberrecht zum Haushaltsrecht“ unter Leitung des Referenten Dr. jur. Harald Müller.

Die kirchlichen Fachstellen-Mitglieder waren darüber hinaus im Jahre 2009 insbesondere mit der Bestandserhebung des öffentlichen Bibliothekswesens in NRW befasst.

Bericht der Kommission für Aus- und Fortbildung (Vorsitz: Frau Scharmann)

Im Berichtszeitraum (Juli 2008 bis November 2009) tagte die Kommission sechsmal.

Thematische Schwerpunkte waren:

- a) Der Fortbildungsbedarf Öffentlicher Bibliotheken: Die Kommission begleitete, wie schon in den Vorjahren, die halbjährlichen Planungstreffen der Arbeitsgruppe zum „Fortbildungsbedarf in Öffentlichen Bibliotheken“. *In dieser Arbeitsgruppe sind alle in NRW mit bibliothekarischer Fortbildung befassten Einrichtungen und Organisationen vertreten. Die Arbeitsgruppe trifft sich auf Einladung der Vorsitzenden der Kommission, um Fortbildungsangebote abzustimmen.*
- b) Bibliothekarische Aus- und Weiterbildung: Die Kommission informierte sich über die aktuellen Entwicklungen an der Fachhochschule Köln/am ZBIW. Zwei Mitglieder der Kommission waren an den Assessmentcenter-Verfahren für den Masterstudiengang beteiligt. Weiterhin ermittelte die Kommission das Interesse der Bibliotheken an einem Qualifizierungsangebot für FAMIs und formulierte diesen Bedarf gegenüber der Fachhochschule Köln.
- c) Veranstaltung: Die Kommission plante den Workshop „Immer mehr Ausbildungsgänge auf einem immer kleiner werdenden Arbeitsmarkt – Welche Ausbildungen brauchen Bibliotheken zukünftig?“ der am 11.11.2009 in der Stadtbibliothek Wuppertal mit Vertretern und Vertreterinnen aller Bibliothekssparten durchgeführt wurde.